

## **Bericht 2. Quartal 2013**

In der als Anlage beigefügten Tabelle werden die ursprüngliche Planung für das aktuelle Jahr, die Ergebnisse des Vorjahres, die Quartalsergebnisse, die Prognose bis zum Jahresende und in der Spalte Erläuterung eine kurze Erklärung zur Abweichung der Prognose vom Erfolgsplan genannt.

### Pflegesatzerlöse:

Die Auslastung aller Gruppen; mit Ausnahme der Inobhutnahme-Gruppen, lag im ersten Halbjahr im Durchschnitt bei 92,7% und damit weiter unter dem Planwert für 2013. Jedoch ist die Auslastung im zweiten Quartal höher als im ersten Quartal.

Die Kinderwohngruppen waren wie im ersten Quartal sehr gut belegt. Ihre Auslastung lag über dem Planwert.

Nachdem die Auslastung der Kinder-Plätze in den Mutter-Kind-Gruppen im ersten Quartal noch bei durchschnittlich 78 % und damit erheblich unter dem Planwert von 90 % lag, konnte die Belegung der Plätze im zweiten Quartal erhöht werden. Im ersten Halbjahr waren die Kinder-Plätze durchschnittlich zu 83,3% belegt. Die Auslastung der Mütter-Plätze lag im ersten Halbjahr bei durchschnittlich 94,8 %.

In der Regel werden die Kinder erst Wochen nach dem Einzug der, häufig noch schwangeren, Mütter aufgenommen. Jede Mutter-Kind-Gruppe verfügt über je 7 Plätze für die Mütter und Kinder. Ein freier Platz in einer Mutter-Kind-Gruppe hat daher prozentual größere Auswirkungen als ein freier Platz in den Regelwohngruppen, die 9 bis 10 Plätze anbieten.

Hinzu kommt, dass bei einem Auszug i.d.R. nicht sofort eine kurz vor der Geburt stehende Schwangere als Aufnahmeanfrage vorliegt. Gerade im Mutter-Kind-Bereich ist die Aufnahmekoordination besonders schwierig. Freie Plätze können daher häufig nicht sofort wieder neu belegt werden. Dies wiederum führt zu einer geringeren Auslastung.

Die durchschnittliche Auslastung der drei Jugendwohngruppen und der Mädchenwohngruppe lag 3,6 % unter der verhandelten Auslastung. Die Auslastung war im zweiten Quartal schlechter als im ersten Quartal. Es liegen zwar Aufnahmeanfragen vor, jedoch sind viele davon eher Anfragen für Intensiv-Gruppen. KIJU bietet für Jugendliche jedoch Regelwohngruppenplätze an und kann daher nicht alle Intensiv-Gruppen-Anfragen bedienen. Der Unterschied zwischen Intensiv-Gruppe und Regelwohngruppe liegt in erster Linie in der Betreuungsdichte.

Die Tagesgruppe war im ersten Halbjahr mit durchschnittlich 91,2% ebenfalls schlechter belegt als mit dem Jugendamt vereinbart wurde. Die Auslastung im zweiten Quartal war jedoch besser als im ersten Quartal. Die verhandelte Mindestauslastung von 93% wurde nur im Jahr 2012 erreicht. Es liegen kaum Aufnahmeanfragen vor, so dass freie Plätze nicht wieder belegt werden können.

Nachdem die Belegung der Kindertagesaufnahmen im ersten Quartal bei nur 84 % lag, war im zweiten Quartal eine deutlich bessere Belegung zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr lag die Auslastung bei durchschnittlich 90,4%.

In 2012 wurden die Entgelte für die Jahre 2012 und 2013 verhandelt. Die Tarifierhöhungen, die zum 01.03.2012, zum 01.01.2013 und zum 01.08.2013 erfolgten wurden in den stufenweise angepassten Entgelten berücksichtigt.

Allerdings wurden bei den letzten Verhandlungen auch verschiedene Auslastungsgrade angehoben. Diese konnten im ersten Quartal 2013 teilweise nicht wie verhandelt erreicht werden (s.o.).

Aufgrund der schlechten Auslastung im ersten Quartal musste im ersten Quartalsbericht noch angenommen werden, dass die geplanten Entgelterlöse nicht erzielt werden können. Aufgrund der verbesserten Situation im zweiten Quartal, liegt die Prognose für das gesamte Jahr 2013 nun beim Planwert. Die schlechten Auslastungswerte der Jugendwohngruppen und der Tagesgruppe können durch die gute Auslastungen in den Kinderwohngruppen und den Kindertagesaufnahmen kompensiert werden.

#### Sonstige Erträge und Zinsen:

Im Bereich der Sonstigen Erträge und der Zinsen gibt es voraussichtlich keine wesentlichen Abweichungen von den Planwerten.

#### Personalaufwand:

Im Wirtschaftsplan wurden die Tarifierhöhungen zum 01.01.2013 und zum 01.08.2013 um je 1,4 % sowie die Erhöhung der Leistungsorientierten Bezahlung (LOB) um 0,25% eingeplant.

Die Besoldungserhöhung fiel niedriger aus als angenommen. Da nur wenige Beamte bei KIJU beschäftigt sind, hat dies kaum Auswirkungen.

Die prognostizierten Personalkosten betragen 4,47 Millionen Euro. Es entsteht voraussichtlich rund T€ 10 höherer Personalaufwand, da einige langfristig erkrankte Mitarbeiter und Mitarbeiter mit Beschäftigungsverbot vertreten werden müssen.

#### Sachaufwendungen:

Die Instandhaltungsaufwendungen werden den Planwert übersteigen. Ein Flachdach am Jagdhaus muss dringend saniert werden. Der Umfang der Maßnahme war zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung 2013 nicht bekannt. Die Kostenschätzung von einem Architekten allein für diese Maßnahme liegt bei T€ 150. Dadurch wird der Instandhaltungsaufwand um diesen Betrag überschritten. Der Ausschuss hat der Auftragsvergabe bereits zugestimmt.

Der Heizölpreis ist deutlich angestiegen. Die Energiekosten werden daher voraussichtlich T€ 13 über dem Planwert liegen. Aufgrund des Verkaufs der

Gebäude auf Küllenhahn wurde in der Planung von geringeren Energiekosten als 2012 ausgegangen.

#### Abschreibungen:

Es gibt seit 2013 eine Änderung der Erfassung von geringwertigen Wirtschaftsgütern, die im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben werden. Erfasst werden nun Gegenstände ab 150€ Anschaffungswert. Bisher lag die Grenze bei 50€. Dies führt evtl. zu niedrigeren Abschreibungen bei gleichzeitig zu höherem Wirtschaftsbedarf. Für die Prognose wird zunächst von den ursprünglichen Planwerten ausgegangen. Auf das Betriebsergebnis hätte die Verschiebung keinen Einfluss.

#### Zinsen:

Neben den Darlehenszinsen, die entsprechend der Tilgungspläne gezahlt werden, ist im Zinsaufwand die Verzinsung der Vorjahresverpflichtung (Pensionsrückstellung) in Höhe von T€ 26 enthalten. Die Zinsen sind niedriger als im Vorjahr, da mit dem Verkauf des Objektes auf Küllenhahn, verschiedene Darlehen mit Sondertilgungen abgelöst wurden.

#### Zusammenfassung:

Zum Jahresende wird nach jetzigem Stand von einem Verlust in Höhe von rund T€ 170 ausgegangen. Im Wesentlichen fußt dieser auf der notwendigen Sanierung des Flachdaches.

Der Betrieb bemüht sich weitere Maßnahmen zu entwickeln und zu veranlassen, um das Betriebsergebnis zu verbessern. Der städtische Haushalt würde bei einem negativen Betriebsergebnis nicht belastet, sofern der Verlust mit den Gewinnvorträgen aus Vorjahren verrechnet würde.

Die Liquidität des Betriebes ist gut.